

## **RFNP-Änderung 23 HER Dienstleistungspark Schloss Strünkede**

### **Teil A: Begründung**

#### **Inhalt**

<b>1</b>	<b>Anlass und Erfordernis der Änderung</b>	<b>2</b>
<b>2</b>	<b>Planungsrechtliche Vorgaben</b>	<b>2</b>
2.1	Vorgaben des Landesentwicklungsplans (LEP)	2
2.2	Vorgaben des RFNP	5
2.3	Anpassung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung	6
2.4	Darstellungen/Festsetzungen des Landschaftsplanes/der Landschaftspläne	6
2.5	Bebauungsplanung	6
2.6	Sonstige informelle Planungen	6
2.6.1	Städtebauliches Entwicklungskonzept Baukau	6
<b>3</b>	<b>Gegenstand der Änderung</b>	<b>7</b>
3.1	Geltungsbereich, Lage und Beschreibung des Änderungsbereiches	7
3.2	Bedarfsnachweis	7
3.3	Änderung der zeichnerischen Festlegung/Darstellung	8
3.4	Auswirkung der Änderung auf den flächennutzungsplanerischen und den regionalplanerischen Teil des RFNP	8
3.5	Alternative Entwicklungsmöglichkeiten	8
<b>4</b>	<b>Darstellung von (änderungsbezogenen) Gutachten oder Studien</b>	<b>8</b>
4.1	Artenschutzrechtliche Vorprüfung	8
4.2	Verträglichkeitsanalyse Einzelhandel	8
4.3	Altlastenuntersuchung	9
<b>5</b>	<b>Sonstige Belange</b>	<b>9</b>
5.1	Technische Infrastruktur	9
5.2	Lärmschutz	9
5.3	Bodendenkmalpflege	9
<b>6</b>	<b>Verfahrensablauf</b>	<b>10</b>
6.1	Bisheriges Verfahren/Verfahrensschritte	10
6.2	Einvernehmen des RVR	10
6.3	Umgang mit den Stellungnahmen	10
<b>7</b>	<b>Flächenbilanz / Monitoring</b>	<b>11</b>

**Stand: August 2018**

### **Teil B: Umweltbericht**

## **Teil A: Begründung**

### **1 Anlass und Erfordernis der Änderung**

Der Änderungsbereich liegt im Stadtteil Baukau-Ost im Stadtbezirk Herne-Mitte. Er wird nördlich von der Forellstraße, östlich vom Westring, südlich von der Straße Lackmanns Hof und westlich von der Kaiserstraße begrenzt.

Auf der brutto knapp 10 ha großen Fläche sind verschiedene Nutzungen vorhanden: im Nordosten wurde vor kürzerer Zeit ein Bürogebäude errichtet; im Westen der Fläche befinden sich ein abgängiges Wohngebäude, ein Sportplatz, ein Kleinspielfeld und eine Kindertagesstätte. Den zentralen und flächenmäßig größten Bereich bilden der brach liegende ehemalige Baukauer Kirmesplatz und ein Baseball-Feld. Unter der Fläche verläuft der verrohrte Ostbach. Dieser Bereich ist nicht zu überbauen.

Die Fläche wird im wirksamen Regionalen Flächennutzungsplan überwiegend als Gewerbliche Baufläche / Allgemeiner Siedlungsbereich, im Westen und Süden als Grünfläche und überlagernd als Regionaler Grünzug dargestellt. Dieses Planungsziel, das im RFNP-Aufstellungsverfahren auch durch einen Umwelt-Steckbrief dokumentiert wurde, soll nun – auf Grundlage eines städtebaulichen Entwicklungskonzepts – modifiziert werden.

Es soll ein gemischt genutztes Quartier mit einem gewerblichen Campus im Nordosten, einem – mit Wohnnutzung durchmischten – Nahversorgungsstandort im Nordwesten und Wohnnutzung im Süden des Änderungsbereichs entstehen. Die Baufläche soll nach Westen bis zur Kaiserstraße und nach Süden bis zur Straße Lackmanns Hof erweitert werden. Die Nutzungen werden zu einer Gemischten Baufläche zusammengefasst. Am Standort werden der Sportplatz und die Baseball-Fläche aufgegeben, im Umfeld des Stadions werden östlich des Plangebiets neue Trainingsplätze gebaut.

Neben der gewerblichen Nutzung sollen am Standort bis zu ca. 500 Wohnungen (tlw. als studentisches Wohnen) und ein Nahversorgungsstandort mit insgesamt maximal 2.700 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche (Lebensmittel-Vollsortimenter und Drogeriemarkt) entstehen.

### **2 Planungsrechtliche Vorgaben**

#### **2.1 Vorgaben des Landesentwicklungsplans (LEP)**

Der Landesentwicklungsplan (LEP NRW) ist nach Veröffentlichung im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes NRW am 08.02.2017 in Kraft getreten. Für den Geltungsbereich der RFNP-Änderung enthält der LEP in seinem zeichnerischen Teil keine Festlegungen. Nachrichtlich ist im zeichnerischen Teil des LEP der RFNP-Änderungsbereich überwiegend dem Siedlungsraum zugewiesen. Darüber hinaus sind für die Änderung insbesondere die folgenden textlichen Ziele zu beachten und Grundsätze zu berücksichtigen.

#### **Festlegungen für den gesamten Siedlungsraum**

##### **– 6.1-2 Grundsatz Leitbild "flächensparende Siedlungsentwicklung"**

Die Regional- und Bauleitplanung soll die flächensparende Siedlungsentwicklung im Sinne des Leitbildes, in Nordrhein-Westfalen das tägliche Wachstum der Siedlungs- und Verkehrsfläche bis zum Jahr 2020 auf 5 ha und langfristig auf "Netto-Null" zu reduzieren, umsetzen.

##### **– 6.1-3 Grundsatz Leitbild "dezentrale Konzentration"**

Die Siedlungsstruktur soll dem Leitbild der "dezentralen Konzentration" entsprechend weiterentwickelt werden. Dabei ist die zentralörtliche Gliederung zugrunde zu legen.

– 6.1-5 Grundsatz Leitbild "nachhaltige europäische Stadt"

Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der "nachhaltigen europäischen Stadt" kompakt gestaltet werden und das jeweilige Zentrum stärken. Regional- und Bauleitplanung sollen durch eine umweltverträgliche, geschlechtergerechte und siedlungsstrukturell optimierte Zuordnung von Wohnen, Versorgung und Arbeiten zur Verbesserung der Lebensqualität und zur Reduzierung des Verkehrsaufkommens beitragen. Große Siedlungsbereiche sollen siedlungsstrukturell und durch ein gestuftes städtisches Freifächensystem gegliedert und aufgelockert werden. Dies soll auch Erfordernisse zur Anpassung an den Klimawandel erfüllen. Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden.

– 6.1-9 Grundsatz Vorausschauende Berücksichtigung von Infrastrukturkosten und Infrastrukturfolgekosten

Wenn beabsichtigt ist, Flächen für Siedlungszwecke in Anspruch zu nehmen, sollen von den Kommunen zuvor die Infrastrukturkosten und auch die Infrastrukturfolgekosten dem Stand der Planung entsprechend ermittelt und bewertet werden.

Die Planänderung dient der bedarfsgerechten Baulandversorgung für gewerbliche und Wohnnutzungen. Es handelt sich um eine Siedlungsarrondierung in zentraler, infrastrukturell hervorragend erschlossener Lage des Mittelzentrums Herne. Der überwiegende Teil der Fläche ist im wirksamen Regionalen Flächennutzungsplan bereits als Allgemeiner Siedlungsbereich dargestellt. Die Planung entspricht damit den genannten Grundsätzen des LEP.

#### Ergänzende Festlegungen für Allgemeine Siedlungsbereiche

– 6.2-1 Grundsatz Ausrichtung auf zentralörtlich bedeutsame Allgemeine Siedlungsbereiche

Die Siedlungsentwicklung in den Gemeinden soll auf solche Allgemeine Siedlungsbereiche ausgerichtet werden, die über ein räumlich gebündeltes Angebot an öffentlichen und privaten Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen verfügen (zentralörtlich bedeutsame Allgemeine Siedlungsbereiche). Erforderliche neue Allgemeine Siedlungsbereiche sollen unmittelbar anschließend an vorhandenen zentralörtlich bedeutsamen Allgemeinen Siedlungsbereichen festgelegt werden. Stehen der Erweiterung zentralörtlich bedeutsamer Siedlungsbereiche topographische Gegebenheiten oder andere vorrangige Raumfunktionen entgegen, kann die Ausweisung im Zusammenhang mit einem anderen, bereits im Regionalplan dargestellten Allgemeinen Siedlungsbereich erfolgen.

Auf Grundlage des Berichts des Regionalverbands Ruhr zum Daseinsvorsorgemonitoring kann davon ausgegangen werden, dass der Änderungsbereich im zukünftigen Regionalplan Ruhr dem zentralörtlich bedeutsamen ASB zugeordnet werden wird.

– 6.2-2 Grundsatz Nutzung des schienengebundenen öffentlichen Nahverkehrs

Vorhandene Haltepunkte des schienengebundenen öffentlichen Nahverkehrs sollen bei der Ausrichtung der Siedlungsentwicklung besonders berücksichtigt werden.

Die Endhaltestelle Schloss Strünkede der U-Bahn-Linie U 35 in Richtung des Herner Bahnhofs, der Herner Innenstadt, Bochum und Bochum-Universität befindet sich ca. 400m östlich des Plangebiets.

#### Großflächiger Einzelhandel

– 6.5-2 Ziel Standorte des großflächigen Einzelhandels mit zentrenrelevanten Kernsortimenten nur in zentralen Versorgungsbereichen

(...) Ausnahmsweise dürfen Sondergebiete für Vorhaben im Sinne des § 11 Absatz 3 Baunutzungsverordnung mit nahversorgungsrelevanten Kernsortimenten auch außerhalb zentraler Versorgungsbereiche dargestellt und festgesetzt werden, wenn nachweislich: eine Lage in den zentralen Versorgungsbereichen aus städtebaulichen oder siedlungsstrukturellen Gründen, insbesondere der Erhaltung gewachsener baulicher Strukturen oder der Rücksichtnahme auf ein historisch wertvolles Ortsbild, nicht möglich ist und die Bauleitplanung der Gewährleistung einer wohnortnahen Versorgung mit nahversorgungsrelevanten Sortimenten dient und zentrale Versorgungsbereiche von Gemeinden nicht wesentlich beeinträchtigt werden.

Im Nordwesten des Änderungsbereiches soll – in baulicher Kombination mit der Wohnnutzung – Einzelhandel mit nahversorgungsrelevantem Kernsortiment zur Nahversorgung der Bevölkerung des Ortsteils entwickelt werden. Geplant sind ein Lebensmittel-Vollsortimenter mit maximal 2.000 m<sup>2</sup> und ein Drogeriemarkt mit maximal 700 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche. Die Konformität des Vorhabens mit Ziel 6.5-2 wird durch ein Verträglichkeitsgutachten nachgewiesen.

### Regionale Grünzüge

#### – 7.1-5 Ziel Grünzüge

Zur siedlungsräumlichen Gliederung sind in den Regionalplänen regionale Grünzüge als Vorranggebiete festzulegen. Sie sind auch als siedlungsnaher Freiraum für freiraumorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen, Biotopverbindungen und in ihren klimatischen und lufthygienischen Funktionen zu erhalten und zu entwickeln. Regionale Grünzüge sind im Hinblick auf ihre freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen vor einer siedlungsräumlichen Inanspruchnahme zu schützen. Sie dürfen für siedlungsräumliche Entwicklungen ausnahmsweise in Anspruch genommen werden, wenn für die siedlungsräumliche Entwicklung keine Alternativen außerhalb des betroffenen Grünzuges bestehen und die Funktionsfähigkeit des Grünzuges erhalten bleibt.

Mit der Planänderung wird im Umfang von 3,5 ha Regionaler Grünzug überplant. Im Zuge einer Änderung der regionalplanerischen Ebene des RFNP ist dies möglich. Die Zielbindung entfällt für die betroffene Fläche demzufolge. Der Regionale Grünzug setzt sich aber in diesem Bereich ohnehin nicht in die freie Landschaft fort und ist im Änderungsbereich auch heute schon faktisch unterbrochen. Eine Grünverbindung in Ost-West-Richtung über die Fläche, mit der der östlich angrenzende Schlosspark Strünkede und der westlich angrenzende Bereich einer Kleingartenanlage miteinander verbunden werden sollen, ist vorgesehen und stellt eine faktische Aufwertung der Vernetzung dar. Sie ist in der Maßstäblichkeit des RFNP aber nicht mehr darstellbar.

Der RFNP legt in seiner Funktion als Regionalplan ungewöhnlich große Teile des Freiraums als Regionale Grünzüge fest. Er kommt damit der im Ziel 7.1-5 formulierten Planungsaufgabe zweifelsohne nach.

### Hochspannungsleitungen

#### – 8.2-3 Grundsatz Bestehende Höchstspannungsfreileitungen

Bei der bauplanungsrechtlichen Ausweisung von neuen Baugebieten in Bauleitplänen oder sonstigen Satzungen nach dem Baugesetzbuch, die dem Wohnen dienen oder in denen Anlagen vergleichbarer Sensibilität – insbesondere Schulen, Kindertagesstätten, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen – zulässig sind, soll nach Möglichkeit ein Abstand von mindestens 400 m zu rechtlich gesicherten Trassen von Höchstspannungsfreileitungen mit 220 kV oder mehr eingehalten werden. Bei der Ausweisung von Außenbereich-

satzungen nach § 35 Abs. 6 BauGB soll nach Möglichkeit ein Abstand von mindestens 200 m zu rechtlich gesicherten Trassen von Höchstspannungsfreileitungen mit 220 kV oder mehr eingehalten werden.

Eine 110/220kV Höchstspannungsleitung verläuft ca. 370m nördlich der nordwestlichen Grenze des Änderungsbereiches. Der nach Möglichkeit einzuhaltende Abstand von 400m wird also geringfügig unterschritten. In dem betroffenen Bereich sollen Wohnen und Einzelhandel untergebracht werden. Die hierfür sprechenden städtebaulichen Gründe (an der Umgebung ausgerichtete Nutzungszuordnung im Plangebiet, Ausbildung klarer Raumkanten etc.) werden gegenüber dem Grundsatz 8.2-3 höher gewichtet. Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass hier bereits im Bestand ein Wohnhaus vorhanden ist, das allerdings für die Realisierung der Planung abgerissen werden soll und sich – insbesondere auf Recklinghauser Stadtgebiet – bereits in großem Umfang Wohnbebauung in wesentlich kleinerem Abstand zu der hier in Rede stehenden Höchstspannungsleitung befindet.

## 2.2 Vorgaben des RFNP

Für die Planung relevante textliche Ziele und Grundsätze der Raumordnung des RFNP sind insbesondere folgende:

- Ziel 2 (Konzentration der Siedlungsentwicklung durch Innenentwicklung vor Außenentwicklung)

*(1) Dem Leitbild einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung ist gerecht zu werden, indem ein ausreichendes Angebot an Siedlungsflächen (Wohnbauflächen und Wirtschaftsflächen) in freiraumschonender und umweltverträglicher Form vorgehalten wird. (2) Die Siedlungsentwicklung ist auf die dargestellten Siedlungsbereiche zu konzentrieren. Die Möglichkeiten der Innenentwicklung, der Wiedernutzung von Flächen oder des Flächentausches sind dabei vorrangig in Anspruch zu nehmen. (3) Nicht mehr erforderliche oder umsetzbare Bauflächen sind für Freiraumfunktionen zu sichern.“*

- Ziel 6 (Wirtschaftsflächenangebot)

*Im Plangebiet ist ein bedarfsgerechtes, differenziertes Angebot an Wirtschaftsflächen vorzuhalten. Bei Neuplanungen ist darauf zu achten, dass keine neuen Nutzungskonflikte entstehen.“*

- Ziel 7 (Gewerbliche Bauflächen/ASB)

*Gewerbliche Bauflächen/ASB sind überwiegend für nicht erheblich belästigende Gewerbebetriebe vorzuhalten.*

- Grundsatz 11 (Gewerbliche Bauflächen/ASB)

*Die Unterbringung von erheblich belästigenden Gewerbebetrieben soll in gewerblichen Bauflächen/ASB nur dann erfolgen, wenn dies die städtebauliche Situation erfordert und erlaubt.“*

- Ziel 18 (Sicherung, Vernetzung und Entwicklung Regionaler Grünzüge)

*(1) Die Regionalen Grünzüge sind als wesentliche Bestandteile des regionalen Freiraumsystems zu sichern, zu erweitern und zu vernetzen. (2) Planungen und Maßnahmen, die die Aufgaben und Funktionen der Regionalen Grünzüge beeinträchtigen, sind nicht zulässig. Einrichtungen der Infrastruktur und Nutzungen, die von der Sache her ihren Standort im Freiraum haben und nicht außerhalb von Regionalen Grünzügen verwirklicht werden können, sind auch in den Regionalen Grünzügen zulässig. Die nachfolgen-*

den konkreten Planungen sind dabei so durchzuführen, dass die Durchgängigkeit der Regionalen Grünzüge bestehen bleibt. (3) Das Regionale Grünzugssystem ist durch Planungen und Maßnahmen zur qualitativen ökologischen Aufwertung des Freiraumes, zum Wiederaufbau von zerstörter oder beeinträchtigter Landschaft sowie durch die Vernetzung vereinzelt vorhandener ökologischer Potenziale zu entwickeln und zu verbessern.

Die Planung entspricht den in diesen Zielen und Grundsätzen formulierten Vorgaben, obwohl in kleinerem Umfang Regionale Grünzüge überplant werden. Der Regionale Grünzug setzt sich aber in diesem Bereich nicht in die freie Landschaft fort und ist im Änderungsbereich auch heute schon faktisch unterbrochen. Eine Grünverbindung in Ost-West-Richtung über die Fläche, mit der der östlich angrenzende Schlosspark Strünkede und der westlich angrenzende Bereich einer Kleingartenanlage miteinander verbunden werden sollen, ist vorgesehen und stellt eine faktische Aufwertung der Vernetzung dar. Sie ist in der Maßstäblichkeit des RFNP aber nicht mehr darstellbar.

## **2.3 Anpassung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung**

Im Regelfall ist nach § 34 LPlG für Flächennutzungspläne bzw. Flächennutzungsplanänderungen und für nicht aus dem FNP entwickelte Bebauungspläne ein landesplanerisches Anpassungsverfahren durchzuführen. Zur Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung hat die Gemeinde dazu bei der Regionalplanungsbehörde anzufragen, welche Ziele für den Planungsbereich vorliegen. Der Regionalplan und damit auch der regionalplanerische Inhalt des RFNP, den die Planungsgemeinschaft in eigener Verantwortung festlegt, nehmen hingegen nicht am landesplanerischen Zielanpassungsverfahren teil.

Nach Ziffer 3.2 des Einzelhandelserlasses unterliegt die Planung großflächiger Einzelhandelsbetriebe außerhalb zentraler Versorgungsbereiche der Vorlagepflicht. In diesem Falle soll die Regionalplanungsbehörde feststellen, ob sich das Vorhaben auf die Ziele der Raumordnung auswirkt. Sowohl die Bezirksregierungen als auch der RVR als Träger der Regionalplanung werden im Verfahren beteiligt.

## **2.4 Darstellungen/Festsetzungen des Landschaftsplanes/der Landschaftspläne**

Der Änderungsbereich liegt nicht im Geltungsbereich des Herner Landschaftsplans.

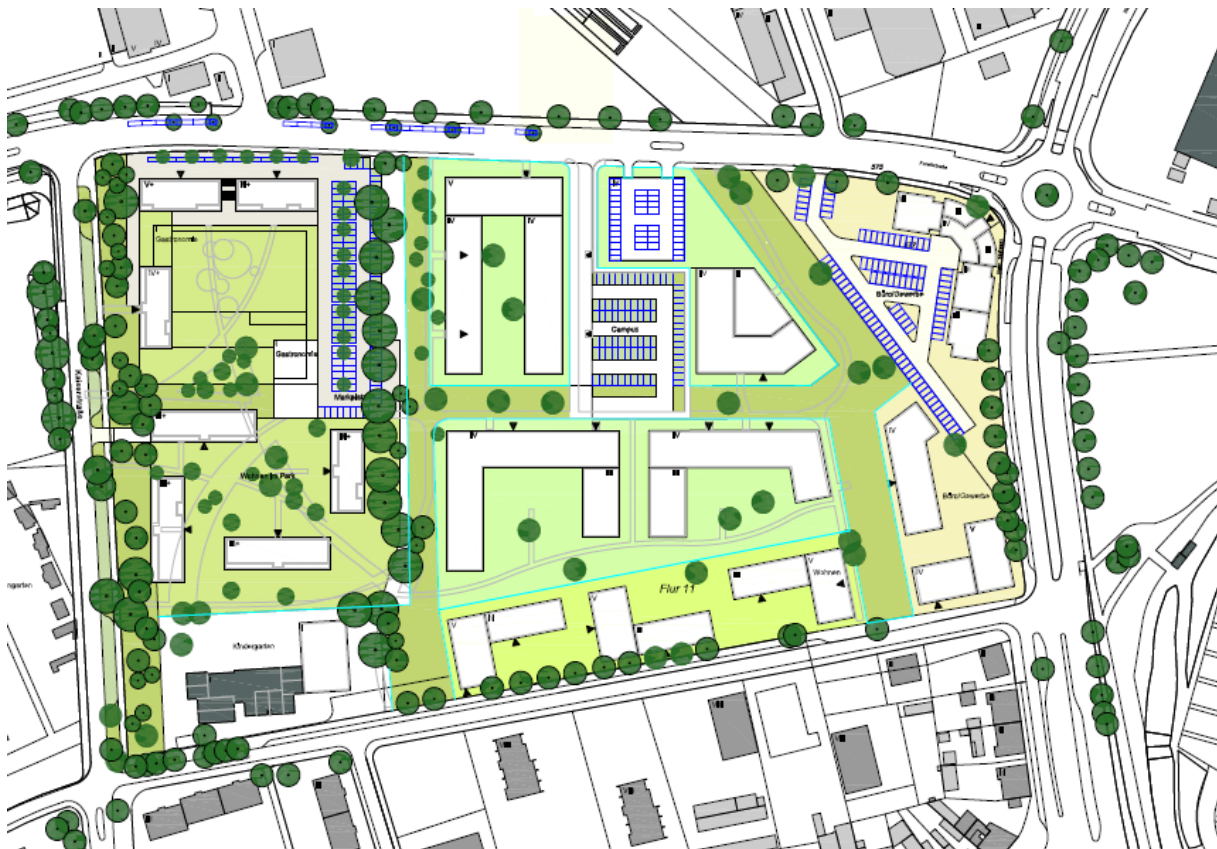
## **2.5 Bebauungsplanung**

Der Änderungsbereich liegt im Geltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplans 21/1, der das Gebiet als „öffentliche Verkehrsfläche – Parkplätze“ ausweist. Die Parkplätze dienten ursprünglich dem benachbarten Stadion, werden aber nicht mehr benötigt. Für den Änderungsbereich wurde bereits 2013 der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan 235 Dienstleistungspark Schloss Strünkede gefasst. Für den Bereich des Einzelhandels- und Wohnstandorts im Nordwesten des Änderungsbereichs wurde 2017 der Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 15 („Quartier Kaiserstraße“) gefasst.

## **2.6 Sonstige informelle Planungen**

### **2.6.1 Städtebauliches Entwicklungskonzept Baukau**

Für das Plangebiet und angrenzende Bereiche wurde durch das Büro ISR im Auftrag der Stadt Herne ein städtebauliches Entwicklungskonzept erarbeitet. Der Rat der Stadt Herne hat diese städtebauliche Entwurfsplanung am 05.07.2016 als Grundlage für die Bauleitplanung beschlossen. Zwischenzeitlich wurde diese Planung in Details noch weiter entwickelt.



Städtebauliches Entwicklungskonzept Baukau, Stand 2017

### 3 Gegenstand der Änderung

#### 3.1 Geltungsbereich, Lage und Beschreibung des Änderungsbereiches

Der Änderungsbereich liegt im Stadtteil Baukau-Ost im Stadtbezirk Herne-Mitte. Er wird nördlich von der Forellstraße, östlich vom Westring, südlich von der Straße Lackmanns Hof und westlich von der Kaiserstraße begrenzt. Unterhalb der Fläche verläuft der Ostbach, der hier auch in Zukunft unterirdisch bzw. verrohrt verlaufen wird. Dieser Bereich ist nicht zu überbauen.

Auf der brutto knapp 10 ha großen Fläche sind verschiedene Nutzungen vorhanden: im Nordosten wurde vor kürzerer Zeit ein Bürogebäude errichtet; im Westen der Fläche befinden sich ein abgängiges Wohngebäude, ein Sportplatz, ein Kleinspielfeld und eine Kindertagesstätte. Den zentralen und flächenmäßig größten Bereich bilden der brach liegende ehemalige Baukauer Kirmesplatz und ein Baseball-Feld.

#### 3.2 Bedarfsnachweis

Mit der Planung werden zusätzliche Bauflächen im Umfang von 3,5 ha brutto geschaffen. Nach aktueller Bedarfsermittlung des RVR für die Regionalplanung ist in Herne – und in der Planungsgemeinschaft Städtregion Ruhr, die über den Regionalen bzw. zukünftig Gemeinsamen Flächennutzungsplan als gemeinsamer Bedarfsraum aufzufassen ist – sowohl für Wohnen als auch für Gewerbe ein hinreichender planerischer Handlungsbedarf für die Verortung zusätzlicher Bauflächen gegeben. Allein für Herne wurde vom RVR ein zusätzlicher Netto-Bedarf von 20,1ha Wohnbauflächen und ein zusätzliches Netto-Kontingent von 12,9 ha Wirtschaftsf Flächen ermittelt.

### **3.3 Änderung der zeichnerischen Festlegung/Darstellung**

Die Fläche wird im wirksamen Regionalen Flächennutzungsplan überwiegend als Gewerbliche Baufläche / Allgemeiner Siedlungsbereich, im Westen und Süden als Grünfläche / Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich und überlagernd Regionaler Grünzug sowie im Südwesten in kleinerem Umfang als Wohnbaufläche / Allgemeiner Siedlungsbereich dargestellt. Künftig erfolgt eine Darstellung als Gemischte Baufläche / Allgemeiner Siedlungsbereich. In diese Darstellung wird auch der nordwestliche Teil der Fläche einbezogen, in dem die Ansiedlung auch von Nahversorgungseinrichtungen (Lebensmittel-Vollsortimenter mit maximal 2.000m<sup>2</sup>, Drogeriemarkt mit maximal 700 m<sup>2</sup> und Bäckerei mit maximal 50m<sup>2</sup> Verkaufsfläche) vorgesehen ist mit einbezogen. Dies resultiert daraus, dass hier – in baulicher Kombination – auch Wohn- und Büronutzungen entstehen sollen. Entsprechend wäre eine Darstellung als SO Großflächiger Einzelhandel im RFNP nicht sachgerecht. Eine Begrenzung der zulässigen Verkaufsflächen auf maximal die o.g. und in der vorliegenden Verträglichkeitsanalyse zugrunde gelegten Werte, wird im Bebauungsplan sichergestellt.

### **3.4 Auswirkung der Änderung auf den flächennutzungsplanerischen und den regionalplanerischen Teil des RFNP**

Die Änderung betrifft sowohl den flächennutzungsplanerischen, als auch den regionalplanerischen Teil des RFNP.

### **3.5 Alternative Entwicklungsmöglichkeiten**

Das Ziel der Entwicklung eines Gewerbe- bzw. Dienstleistungsstandorts auf einem Großteil der Fläche ist im RFNP bereits enthalten. Die Fläche weist hierfür durch die unmittelbare Nähe zum Gründer- und Innovationszentrum, zu Autobahnanschluss und Innenstadt eine herausgehobene Lagegunst auf. Gleichwertige Alternativen sind nicht vorhanden. Im Ortsteil Baukau-Ost sind ebenfalls keine Flächenalternativen für die Unterbringung eines Nahversorgungsstandortes, der den heutigen betrieblichen Standortanforderungen gerecht wird, vorhanden. Hinsichtlich der geplanten Wohnnutzung ist die Fläche Bestandteil des am 30.05.2017 vom Rat der Stadt Herne beschlossenen Programms zur Entwicklung von Wohnbauflächen 2017-2020, das insgesamt 13 prioritär zu entwickelnde Wohnbauflächen beinhaltet. Diese Flächen wurden mit Hilfe einer nutzwertanalytischen Betrachtung, die insbesondere auch verschiedene umweltbezogene Faktoren beinhaltete, aus dem am 29.11.2016 Rat der Stadt Herne beschlossenen Gesamtportfolio der Wohnbauflächenpotenziale ab 2.000m<sup>2</sup> in Herne abgeleitet. Die in weiten Teilen un- bzw. untergenutzte Fläche begründet zudem aus sich heraus ein planerisches Handlungserfordernis im Sinne einer planmäßigen Entwicklung auf Grundlage einer städtebaulichen Gesamtkonzeption.

## **4 Darstellung von (änderungsbezogenen) Gutachten oder Studien**

### **4.1 Artenschutzrechtliche Vorprüfung**

Im Juni 2016 wurde eine artenschutzrechtliche Vorprüfung für den Änderungsbereich vorgelegt, die die Vereinbarkeit des Vorhabens mit den Vorgaben des gesetzlichen Artenschutzes nachweist.

### **4.2 Verträglichkeitsanalyse Einzelhandel**

Im Januar 2018 wurde eine Verträglichkeitsanalyse vorgelegt, mit der nachgewiesen wird, dass die Planung kongruent zu den Zielen des Herner Masterplans Einzelhandels ist, vorbehaltlich der beabsichtigten Änderung des RFNP den Zielen des Landesentwicklungsplans entspricht und städtebaulich negative Auswirkungen auf Bestand und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche nicht zu erwarten sind.

Die Ansiedlung eines Lebensmittel-Vollsortimenters mit 2.000 m<sup>2</sup> und eines Drogeriemarktes mit 700 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche führt demnach zu Umsatzumverteilungen, die im Sortimentsbereich Nahrungs- und Genussmittel durchweg unterhalb 10%, im Sortimentsbereich Drogeriewaren teilweise darüber liegen. Das Gutachten arbeitet heraus, dass dennoch keine negativen städtebaulichen Auswirkungen auf Zentrale Versorgungsbereiche und die integrierte Nahversorgung in Herne und Recklinghausen zu erwarten sind.

Das Gutachten weist zudem nach, dass die Ausnahmeregelung des LEP-Ziels 6.5-2 für die Planung von Standorten des großflächigen Einzelhandels mit nahversorgungsrelevanten Kernsortimenten außerhalb zentraler Versorgungsbereiche angewandt werden kann, da es insbesondere einer wohnortnahen Versorgung dient.

Der Herner Masterplan Einzelhandel von 2012 sieht die Entwicklung von Betrieben mit nahversorgungsrelevanten Hauptsortimenten auch in integrierten Lagen außerhalb zentraler Versorgungsbereiche (ZVB) vor, wenn keine städtebaulich oder ansatzwirtschaftlich relevanten Überschneidungen mit ZVB bestehen und die fußläufige Nahversorgung gestärkt wird. Das Gutachten weist nach, dass das Vorhaben auf die wohnortnahe Versorgung ausgerichtet ist, keine Überschneidung mit den fußläufigen Einzugsbereichen von ZVB besteht und zu einer Verbesserung der Nahversorgung beiträgt. Das Vorhaben steht damit den Zielen des Masterplans Einzelhandels – insbesondere in Hinblick auf die mögliche Einordnung als hervorgehobener Nahversorgungsstandort im Rahmen der ggw. laufenden Fortschreibung des Masterplans – nicht entgegen.

### **4.3 Altlastenuntersuchung**

Im Rahmen des parallelen Bebauungsplanverfahrens 235 wurde im Dezember 2014 eine differenzierte bodengutachterliche Altlastenuntersuchung vorgelegt. Die chemische Analyse der Auffüllungen und des gewachsenen Bodens zeigte generell keine großräumigen Auffälligkeiten. Die Bereiche mit erhöhten Gehalten an PAK und Schwermetallen konnten eingegrenzt werden. Sie lassen sich auf den Bereich des verrohrten Ostbachs und den Nordwesten des Sportplatzes begrenzen.

## **5 Sonstige Belange**

### **5.1 Technische Infrastruktur**

Über das Plangebiet verläuft die Trasse des hier – auch zukünftig – unterirdisch geführten Ostbachs. Diese Trasse ist von Bebauung freizuhalten.

### **5.2 Lärmschutz**

Das Plangebiet ist durch Straßen- und Schienenlärm belastet. Insofern ist im Rahmen der Bebauungsplanung die Erstellung eines Schallschutz-Gutachtens in Hinblick auf die geplante Wohnnutzung erforderlich.

### **5.3 Bodendenkmalpflege**

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kultur- und/oder naturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauern, alte Gräben, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit, Höhlen und Spalten, aber auch Zeugnisse tierischen und/oder pflanzlichen Lebens aus Erdgeschichtlicher Zeit) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Stadt/Gemeinde als Unterer Denkmalbehörde und/oder der LWL-Archäologie in Westfalen, Außenstelle Olpe, unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungsstätte mindestens drei Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten (§ 15 u. 16 Denkmalschutzgesetz NRW), falls diese nicht vorher von den Denkmalbehörden freigegeben wird. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe ist berechtigt, das Bodendenkmal zu bergen,

auszuwerten und für wissenschaftliche Erforschung bis zu 6 Monaten in Besitz zu nehmen (§ 16 Abs. 4 DSchG NW).

## **6 Verfahrensablauf**

### **6.1 Bisheriges Verfahren/Verfahrensschritte**

Die Räte der Städte der Planungsgemeinschaft haben nach Vorberatung im verfahrens begleitenden Ausschuss (vbA) RFNP am 08.04.2016 im Zeitraum vom 09.05. bis 07.07.2016 die Erarbeitung des Änderungsverfahrens 23 HER beschlossen. Auf Grundlage der gleichlautenden Ratsbeschlüsse wurde die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange im Zeitraum 23.08. bis 23.09.2016 durchgeführt. Das Scoping zur Ermittlung von Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung wurde ebenfalls in diesem Zeitraum durchgeführt. Die Ergebnisse sind in den Umweltbericht eingeflossen. Die öffentliche Auslegung wurde zwischen dem 17.04. und dem 17.05.2018 durch die Räte der Planungsgemeinschaft beschlossen. Die anschließende öffentliche Auslegung sowie die förmliche Beteiligung fand vom 25.06. bis 25.07.2018 statt. Anschließend wurden die fristgemäß vorgebrachten Stellungnahmen der Beteiligten gem. § 33 LPIG DVO mit dem Ziel des Meinungsausgleiches in einem schriftlichen Verfahren erörtert. Die synoptische Darstellung der in der förmlichen Beteiligung vorgebrachten Anregungen und der Stellungnahmen der Verwaltung beinhaltet die Ergebnisse der Erörterung. Anregungen, über die keine Einigkeit erzielt werden konnte, werden ebenfalls aufgezeigt. Mit dem Aufstellungsbeschluss (entspricht nach LPIG dem abschließenden Planbeschluss) wird das RFNP- Änderungsverfahren beendet.

Nach Beschlussfassung wird das Änderungsverfahren der Landesplanungsbehörde zur Genehmigung eingereicht. Mit Veröffentlichung der erteilten Genehmigung im Gesetz- und Verordnungsblatt NRW und in den amtlichen Verkündungsorganen der Städte wird die Änderung des RFNP Ziel der Raumordnung bzw. wirksam.

### **6.2 Einvernehmen des RVR**

Seit Oktober 2009 ist der Regionalverband Ruhrgebiet (RVR) zuständiger Träger der staatlichen Regionalplanung im Ruhrgebiet. Der RVR erarbeitet einen Regionalplan für das gesamte Ruhrgebiet, der den RFNP in seiner Teilfunktion als Regionalplan ablöst. Nach der Überleitungsvorschrift zum RFNP des § 39 LPIG kann die Planungsgemeinschaft den RFNP nach den Vorschriften des § 25 LPIG-alt ändern. Diese Regelung gilt bis zum Aufstellungsbeschluss (hierbei handelt es sich nach LPIG um den abschließenden Planbeschluss) des Regionalplans Ruhr durch die Verbandsversammlung des RVR. Hinsichtlich der regionalplanerischen Inhalte des RFNP ist dabei bis zum verfahrenseinleitenden Erarbeitungsbeschluss des Regionalplans Ruhr das Benehmen danach das Einvernehmen mit dem RVR herzustellen. Die Verbandsversammlung des RVR hat am 06.07.2018 den Erarbeitungsbeschluss für den Regionalplan Ruhr gefasst, insofern gilt nunmehr die Einvernehmensregelung.

Der Verbandsversammlung des RVR wird über das Einvernehmen voraussichtlich im Oktober 2018 beraten.

### **6.3 Umgang mit den Stellungnahmen**

Im Rahmen der frühzeitigen und förmlichen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Bürger sind keine wesentlichen Bedenken vorgetragen worden, die zu einer Änderung der Planung geführt haben. Aufgrund vorgetragener Hinweise und Anregungen von beteiligten Trägern öffentlicher Belange wurde die Begründung entsprechend angepasst.

Die gegenüber dem Vorentwurf zum Entwurf geänderte Plandarstellung ergab sich aus der zwischenzeitlich erfolgten Konkretisierung der städtebaulichen Konzeption: Zum Entwurf wurde die Darstellung gegenüber dem Vorentwurf im nordwestlichen Bereich des geplanten Nahversorgungsstandorts geändert. Im Vorentwurf war hier eine Darstellung als SO großflächiger Einzelhandel vorgesehen. Da die konkretisierte Planung nunmehr eine bauliche Integration mit der Wohnnutzung vorsieht, erfolgte im Auslegungsentwurf eine Darstellung als Gemischte Baufläche wie im übrigen Plangebiet.

## 7 Flächenbilanz / Monitoring

bestehende Darstellung		Fläche (ha)	neue Darstellung		Fläche (ha)
FNP- Ebene	Regionalplan- Ebene		FNP- Ebene	Regionalplan- Ebene	
Gewerbliche Baufläche	Allgemeiner Siedlungsbereich	6,1	Gemischte Baufläche	Allgemeiner Siedlungsbereich	9,8
Wohnbaufläche	Allgemeiner Siedlungsbereich	0,2			
Grünfläche	Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich	3,5			
	Regionaler Grünzug	3,5			
<b>Summe</b>		<b>9,8</b>	<b>Summe</b>		<b>9,8</b>

Nach § 4 c des Baugesetzbuches, dem § 8 (4) Raumordnungsgesetz und dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (§ 45 UVPg) sind die erheblichen Auswirkungen der Durchführung der Pläne und Programme auf die Umwelt zu überwachen, um insbesondere frühzeitig unvorhergesehene, negative Auswirkungen zu ermitteln und geeignete Abhilfemaßnahmen ergreifen zu können.

Die Durchführung des RFNP erfolgt in nachgeordneten, konkretisierenden Planungs- und Realisierungsstufen, sodass (unvorhergesehene) erhebliche Umweltauswirkungen frühestens im Rahmen der nachfolgenden Planungsstufen erkennbar werden und erst mit deren Durchführung tatsächlich eintreten. Detaillierte Überwachungsmaßnahmen können somit erst im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung bzw. nachfolgenden Planungs- u. Genehmigungsebenen festgelegt werden. Sofern sich eine Relevanz ergibt, fließen die dortigen Ergebnisse wiederum in das Monitoring zum RFNP ein.

Das Monitoringkonzept für den RFNP (Gesamtplan) ist so aufgebaut, dass mit Hilfe von unterschiedlichen Bausteinen die gesamtträumlichen Auswirkungen der Planung erfasst werden können (siehe Kapitel 11.2 des Umweltberichts im Rahmen der Aufstellung des RFNP i. d. F. der Bekanntmachung). Bei der Durchführung des Monitorings wird dann im Einzelfall überprüft, ob die in der genehmigten Fassung festgelegten Überwachungsinstrumente oder Indikatoren (siehe Kapitel 11, dortige Tabelle 21) an neue Erkenntnisse anzupassen sind. Es können jeweils nur die Indikatoren herangezogen werden, für die zu dem Zeitpunkt des Monitorings aktuelle Informationen vorliegen.

Zur Auswertung der ermittelten Daten werden über die aufgeführten umweltrelevanten Daten hinaus die Ergebnisse der Raumb Beobachtung herangezogen. Bei Bedarf wird innerhalb der Planungsgemeinschaft eine Monitoringkonferenz durchgeführt, um zu ermitteln, welche Relevanz die festgestellten Umweltauswirkungen für den RFNP haben.

Die Änderungen der Flächenbilanzen des Gesamtplanes im Zusammenhang mit den laufenden Änderungsverfahren werden als "gesamträumliche Betrachtung" ebenfalls im Rahmen des Monitorings fortgeschrieben.

Das Monitoring des RFNP begann gemäß genehmigter Fassung erstmalig sechs Jahre nach Rechtswirksamkeit des Planes, d. h. 2016 und wurde im August 2017 fertiggestellt.

### **Teil B: Umweltbericht**

(siehe separates Dokument)